

In der Krise liegen Chancen – Politik in Zeiten von Corona

Die ersten Meldungen aus China haben auch mich nicht übermäßig beunruhigt. Und so haben mein Team und ich das politische Jahr 2020 in Angriff genommen – für mehr Kultur, für gute Erwachsenenbildung, für sanften, naturnahen und nachhaltigen Tourismus sowie endlich das Thema Nachhaltigkeitsziele der UN in Niedersachsen auf den Weg zu bringen.

Doch ab März wurde es dann doch deutlich unruhiger, als die ersten Fälle in Europa ankamen und doch hätte ich nie vermutet, dass es in Europa bei der Bekämpfung von Covid-19 zu einer solchen Überlastung der Gesundheitssysteme kommen kann, wie wir sie dann in Italien und Frankreich sehen und erleben mussten. Die Nachrichten und Bilder von unseren europäischen Nachbarn machten es überdeutlich – auch wir werden von der Pandemie nicht verschont bleiben. Mit den Clustern aus Ischgl und Heinsberg war dann klar - es muss etwas passieren.



Eva Viehoff aus Loxstedt

Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2017
Sprecherin der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Wissenschaft und Kultur, Erwachsenenbildung und Arbeitsmarkt, außerdem zuständig für Tourismus, Denkmalschutz, Religion und Eine-Welt-Politik

Näheres und Aktuelles unter: www.eva-viehoff.de

Es folgte der Shut-Down und damit wurde auch die Politik in einen Krisenmodus versetzt, wie wir ihn fast alle noch nie erlebt haben. Ab Mitte März zog die gesamte Fraktion ins Homeoffice, zuvor wurde unsere neue Fraktionsspitze gewählt; denn mit dem Shut-Down verließ uns Anja Piel in Richtung Berlin zum DGB und Julia Willi Hamburg übernahm die Fraktionsspitze. So mussten wir alle uns dann aus dem Homeoffice heraus in die neue Situation finden. Das fiel gar nicht so schwer, wie zunächst vermutet, und wir alle sind erstaunt, wie gut die Arbeit mit Abstand klappt. Auch wenn es natürlich schöner ist sich zu sehen und physisch auszutauschen.

Wir schalteten um auf Videokonferenzen und damit wurden sehr schnell die Versäumnisse in Niedersachsen in Sachen Digitalisierung klar. Trotz Masterplan Digitalisierung und lauter Ankündigung einer Initiative gegen Funklöcher und weiße Flecken beim Internetanschluss, haben unsere Videokonferenzen oft den Charme einer Funkverbindung zu einer Apollomission zum Mond aus den 60er-Jahren.

Inhaltlich haben wir uns schnell in den Krisenmodus eingearbeitet. Unser Änderungsantrag zu den Sofortpaketen der Landesregierung zur wirtschaftlichen Hilfe in Zeiten von Corona zeigte auf, wo die vielen Baustellen sind, um Wirtschaft und gesellschaftliches Leben über den Shut-Down zu erhalten und zu retten. Unsere anschließenden Gespräche mit den Betroffenen zeigten schnell, dass die Landesregierung auf vielen Augen blind ist.

Hart getroffen: selbstständige Berater*innen, Dozent*innen, solo-selbstständige Kreative

So sind in Niedersachsen Soloselbstständige in allen Bereichen hart getroffen, vor allem diejenigen, die keine Betriebskosten geltend machen können. Dies gilt für selbstständige Berater*innen, Dozent*innen und in besonderem Maße für solo-selbstständige Kreative. Sie alle erhalten keine Zahlungen aus dem Rettungspaket für Soloselbstständige und Kleinstunternehmen, weil die Regelungen des Bundes nicht vorsehen, dass auch Mittel für den Lebensunterhalt angerechnet werden können. Bis heute weigert sich der Bund hier nachzusteuern. Es ist nun an Niedersachsen seine ca. 8-10 Tausend Soloselbstständigen zu unterstützen. Gerade im Kulturbereich ist eine solche Förderung wichtig, weil gerade Kreative oft nicht über Rücklagen verfügen. Deshalb haben wir im Landtag den Antrag gestellt, besonders dieser Gruppe zu helfen. Es geht darum eine Anerkennung in Höhe des Pfändungsfreibetrages (das sind 1180 Euro) zu erreichen. Bis dahin bleibt allen Soloselbstständigen nur der Gang zum Jobcenter. Dort ist es möglich einen verkürzten, doch nicht kurzen, Antrag auf Hart IV zu stellen.

Landesregierung: Wirtschaft versus Familie?

Und die Landesregierung hat in allen Verordnungen, gerade jetzt auch in der Phase der Lockerungen einzig und allein die Wirtschaft im Blick – die selbstverständlich wieder hochfahren muss. Familien und vor allem Kinder spielen eine untergeordnete Rolle. Es gibt keinen Plan, wie Menschen an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, und gleichzeitig auch ihre Kinderbetreuung geregelt bekommen. Für die Kinderbetreuung braucht es dringend eine realistische Perspektive, die auch in den Blick nimmt, dass Kinder in Familien gefährdet sein können. Was ist mit all den Kindern, die unter Gewalt in den Familien leiden? Was ist mit den Kindern, deren einzige

warme Mahlzeit die in der Kita oder Schule war? Bei all diesen Fragen bleibt die Landesregierung viel zu zögerlich. Lieber beschäftigt sie sich mit einer unsinnigen Abwrackprämie, um VW zu retten.

Es gäbe noch viel zu sagen, z.B. zur Existenzgefährdung der Erwachsenenbildung, zu der Gradwanderung des gerade wieder anlaufenden Tourismus, zur Frage der Bildungsgerechtigkeit in Pandemiezeiten, ...

Der Shut-Down war richtig und wichtig, um die Pandemie so einzudämmen, dass unser Gesundheitssystem nicht überfordert wird. Dies ist bis heute gelungen. Nun ist es an der Zeit auch in der Politik wieder eine gewisse Normalität zu erreichen und die Weichen für die Zeit nach Corona zu stellen. Für den Anfang ist es erforderlich, dass das Parlament in der Beratung der Verordnungen und Regelungen wieder eingebunden wird. Zu Beginn des Shut Downs mussten viele Dinge schnell entschieden werden. Seit einigen Wochen aber, wäre es möglich deutlich umsichtiger und unter Beteiligung des Parlaments darüber zu beraten, welche Einschränkungen von Grundrechten verhältnismäßig sind und welche nicht.

Für eine sozial-ökologische Transformation

Und es ist Zeit über die Zeit danach nachzudenken. Wir als grüne Landtagsfraktion sehen im Neuanfang nach der Pandemie eine Chance für eine sozial-ökologische Transformation. Diese Chance gilt es zu nutzen, um uns einer weiteren noch größeren Herausforderung zu stellen – der Klimakrise. Daher wollen wir beim Wiederhochfahren der Wirtschaft Klimaneutralität und Nachhaltigkeit erreichen. Das heißt für uns:

- Förderung an ökologischen und nachhaltigen Kriterien und nicht Festhalten an den alten Rezepten.
- Investitionen und Programme in allen Bereichen klimaneutral gestalten
- Bildungsgerechtigkeiten überwinden von der Kita bis zur Universität
- Stärkung des in der Krise gewachsenen bürgerschaftlichen Engagements
- Mobilitätskonzepte statt Autobahnbau und Abwrackprämie, inklusive der Rettung des schwer angeschlagenen ÖPNV

Die sich uns heute bietende Chance müssen wir nutzen; denn uns bleibt nicht mehr viel Zeit die die Menschheit bedrohende Klimakrise zu überwinden.

Dieser Artikel verfasste Eva Viehoff für die Grüne Welle



Elbe

Über 1000 Tonnen Schmutzwasser von Schiff in die Elbe geleitet – Verursacher wurde ermittelt

Ein großes Containerschiff auf dem Weg nach Hamburg (genannt wurde MSC Branka, ca. 300 Meter lang) fiel Ende Mai in Cuxhaven durch eine dicke schwarze Rauchfahne auf, so dass Spaziergänger die Polizei alarmierten. (Bericht des NDR Hamburg und NDR Info vom 27.5.20) In Hamburg wurde von der Wasserschutzpolizei eine Kontrolle der Abgas-Reinigungsanlage sowie der Entsorgungs- und Öltagebücher durchgeführt. Festgestellt wurde, dass in Höhe Cuxhaven die Abgas-Reinigungsanlage umgestellt, danach gewaschen und später über 1000 Tonnen Schmutzwasser im Bereich von Hamburg in die Elbe gepumpt worden waren. Dafür gilt an den Küsten und auf der Elbe ein strenges Verbot. Welche Folgen diese Einleitung jetzt für die Elbe hat, ist unklar. Das Abwasser verdünnt und verteilt sich nach und nach bis Cuxhaven und weiter. Für die Reederei wurde der Höchstsatz an Sicherheitsleistung für Umweltverstöße (50.000 Euro) verhängt und ein Strafverfahren wird noch folgen.

Angemerkt sei von unserer Seite jedoch, dass auf offener See weit von den Küsten entfernt solche Reinigungen noch teilweise legal stattfinden können. Zudem wird ein Großteil der Umweltsünder nicht ermittelt. Andererseits ist in vielen Häfen die Entsorgungsgebühr für das Schmutzwasser schon in der Hafengebühr enthalten, so dass es Anreize gibt, an Land zu entsorgen. In jedem Falle empfehlen wir allen, die am oder auf dem Wasser sind, auffällige Schiffe bei starker Rauchentwicklung oder sichtbaren Öl- oder Paraffin-Resten im Heckwasser sofort der Polizei zu melden.

Diesen Artikel verfasste Christof Lorenz.

¹ Meeresverschmutzung – das Thema greifen wir immer wieder auf: zum Beispiel: Grüne fragen wegen Chemikalienverklappungen nach – Julia Verlinden unzufrieden mit Antwort der Bundesregierung (Internetseite des Ortsverbandes Cuxhaven: Grüne Welle 7/2018) und: GroKo lehnt Verursacher-Haftung für Meeresmüll ab (19.11.2019) sowie: Paraffin-Verschmutzungen an der Küste Grüne: Land muss selbst aktiv werden und mit Nordsee-Anrainern klare Regeln für die Reedereien schaffen (30.09.2019)- beides auf der Internetseite des grünen Kreisverbandes, Themenschwerpunkt: Nordsee & Elbe & Weser bzw. MdL Eva Viehoff



Ungefähr so groß wie das hier abgebildete Schiff an der Kugelbake ist die MS Branka, Foto: privat